

Protokoll der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Bildung, Jugend, Soziales und Integration“

Sitzungstag: 19.02.2026 Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr Sitzungsende: 18:09 Uhr Sitzungsort: Jugendhaus Hemelingen, Hemelinger Heerstraße 116, 28309 Bremen

Vom Ortsamt
erkrankt

Vom Fachausschuss
Marcel Hilker
Yunas Kaya
Elisabeth Laß
Waltraut Otten
Serkan Yumru

Gäste
Ralf Spörhase (Verkehrswacht)
Frau Wallis Hermoza-Lüllan (Verkehrswacht)
Verena Nölle (SKB)
Günter Tuncel
Madita Janzing
Dirk Bülow

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.11.2025 und Rückmeldungen

TOP 2: Fahrradführerschein an Grundschulen

TOP 3: Jugendhaus Hemelingen

TOP 4: Verschiedenes

- Abgabe einer Stellungnahme zur zukünftigen Entwicklung des Familienzentrums Mobile
- Abgabe einer Stellungnahme zur Erweiterung des Übergangwohnheims Stolzenauer Straße

Yunas Kaya übernimmt die Sitzungsleitung und begrüßt die Anwesenden. Es wird vereinbart den TOP Übergangwohnheim ans Ende der Tagesordnung zu stellen. Da gegen den mit der Einladung versandten Vorschlag mit der Änderung keine Bedenken geäußert werden, gilt dieser als Tagesordnung beschlossen

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.11.2025 und Rückmeldungen

Das Protokoll der Sitzung vom 20.11.2026 wird genehmigt.

Rückmeldungen:

Aus Beirat 11.12.2025

Beschluss 51-2025 Beibehaltung der Controllingausschüsse OKJA

Antwort von SASJI vom 12.11.:

Am 16.09.2025 hat ein Termin im Sozialzentrum 6 stattgefunden, in dessen Rahmen über die geplante Änderung des Beiräte- und Ortsgesetzes (BeirOG) informiert und debattiert wurde. Die Notwendigkeit die Planungsgebiete für die Offene Kinder- und Jugendarbeit zu vergrößern und so die Möglichkeit zu schaffen über Stadtteilgrenzen hinweg Einrichtungen und Projekte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu planen, ist mit dem Bedarfsermittlungsverfahren der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowohl im Jugendhilfeausschuss als auch in der Deputation für Soziales beschlossen worden.

Die Beteiligung der Beiräte soll weiterhin ein fester Bestandteil der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sein. Hierbei sollen die Stadtteilkonzepte als ein zentraler Baustein der Qualitätssicherung und Angebotsplanung für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in den Fokus der Beiratsbeteiligung rücken.

Die Zusammensetzung der Planungsgremien in den vergrößerten Planungsgebieten befindet sich aktuell noch in der internen Abstimmung.

Es wird vorgeschlagen, das Thema im FA BJS noch einmal zu behandeln.

→ Es wird überlegt, wann das geschehen soll. Dabei wird festgestellt, dass die Angelegenheit dringlich ist und das Thema deshalb direkt in der nächsten Sitzung erneut auf die TO kommen sollte. Die Ausschussmitglieder werden sich bis zur nächsten Sitzung über einen Beschlussvorschlag austauschen und einen solchen für die Sitzung vorlegen.

Antwort zu Beschluss zu Wohnraum und Vermittlung aus ÜWH

Antwort Soziales vom 25.11.:

sehr geehrte Beiratsmitglieder,

herzlichen Dank für die Zuleitung des Beschlusses, den wir sehr begrüßen. Wir sind uns hier in der Zielsetzung völlig einig. Das Thema wurde ja im Beirat bereits bei der Verlängerung der Nutzungsgenehmigung für das Grüne Dorf diskutiert. Ich habe in der Folge das ÜWH besucht und auch mit der Wohnraumvermittlung gesprochen. Es mangelt zum einen an Wohnraum, zum anderen manchmal auch an einer gewissen Verbindlichkeit bei der Vermittlung. Es gibt auch Familien, die sich im Übergangswohnheim sehr gut aufgehoben fühlen. Passender und im Stadtteil vorhandener Wohnraum würde die Situation aber selbstverständlich erleichtern. Mit SBMS sind wir zur Förderung des Wohnungsbaus im Allgemeinen in engem Austausch.

Darüber hinaus arbeiten wir aktuell an einer Weiterentwicklung der Wohnraumvermittlung. Gerne berichten wir darüber zu einem späteren Zeitpunkt z.B. im Fachausschuss.

Antwort Vonovia vom 26.11.:

Hallo Herr Hermening,

aktuell legen wir keine Wohnungen mehr in unserem Bestand zusammen. 4 Zimmer Wohnungen kommen ab und an in die Fluktuation. Größere Wohnung können wir leider nicht anbieten.

Viele Grüße

*Silke Loose
Vonovia*

Antwort SBMS vom 22.01.:

Hallo Herr Hermening,

ich habe festgestellt, dass zu diesem Beiratsbeschluss noch eine Antwort von mir / SBMS aussteht.

Auch von Seiten SBMS wird der Beschluss des Beirats Hemelingen begrüßt. Da SBMS in der Regel nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung neuer Wohnungen schafft, ist eine konkrete Umsetzung des Beiratsbeschlusses von Seiten SBMS nicht möglich. Durch die Entwicklung neuer Baugebiete (z.B. das Brauereiquartier oder die Alte Süßwarenfabrik), für die neue Bebauungspläne aufgestellt worden sind bzw. sich in Aufstellung befinden, sollen aber in den nächsten Jahren zusätzliche Wohnungen durch private Vorhabenträgerinnen realisiert werden, wobei auch der geförderte Wohnungsbau – sofern möglich – berücksichtigt wird. Den Beschluss des Beirats Hemelingen werden wir im Rahmen der weiteren Planungen für diese Baugebiete einbringen.

Viele Grüße,
Im Auftrag
Torsten Kirsch

Referatsleitung
Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

→ Günter Tuncel weist darauf hin, dass er diesbezüglich aufgrund seiner Tätigkeit im Übergangwohnheim hier sehr vernetzt ist. Er könne deshalb sagen, dass da schon überwiegend der Wunsch besteht, woanders unterzukommen. Auch der Ausschuss bleibt dabei, dass dies das vordergründige Ziel sein sollte, damit Integration wirklich gelingen kann.

Beschluss zu Sprachbildung und Sprachförderung

Antwort von SKB vom 19.01.:

Die Verlesung muss entfallen, da das Schreiben zur Sitzung nicht vorlag. Diese muss in der nächsten Sitzung nachgereicht werden.

TOP 2: Fahrradführerschein an Grundschulen

Yunas Kaya weist noch einmal im Besonderen auf die folgenden Fragestellungen hin:

Dem Ausschuss liegt die Information vor, dass für die Fahrradausbildung an Schulen Fahrräder fehlen; Wie sind die Erfahrungen an Grundschulen, welche und wie viele Räder fehlen? Wäre es möglich über ASB oder Martinshof einen Fahrradpool aufzubauen?

Die anwesenden Gäste stellen sich zunächst vor:

Verena Nölle teilt mit, vom Senator für Kinder und Bildung gebeten worden zu sein, diesen heute zu vertreten, weil dort krankheitsbedingt personelle Engpässe bestünden.

Ralf Spörhase stellt sich als Geschäftsführer der Landesverkehrswacht vor. Er berichtet, der bremische sei ein sehr kleiner Landesverband und man verstehe sich als übergeordnete Verwaltungsebene für die Vereine, die gecocht würden. Die Landesverkehrswacht erhält dabei ihre Schriften vom Bundesamt. Diese würden im Verkehrssicherheitsrat ausgearbeitet, deshalb sei die Landesverkehrswacht nicht neutral. Speziell in Bremen sei, dass die Schulen hier bei der Fahrradausbildung durch das „Rolli Mobil“ unterstützt werden können. Man spiele hier auch etwa aufgrund von Personalmangel bei der Polizei eine wichtige Rolle in der Verkehrserziehung – mittlerweile führen insofern 19 Ehrenamtliche regelmäßig zu den

Schulen. Inzwischen sei man an über 210 Tagen in Bremen und in Bremerhaven meistens zwischen 40 und 60 Tage im Jahr in den Schulen unterwegs.

Auch Dirk Bülow – der Revierleiter hier in Hemelingen und Vorgesetzter der Kontaktbeamten, die die Fahrradausbildung durchführen – nimmt an der Sitzung teil. Er sei auch in Sebaldsbrück zuständig und habe deshalb insgesamt einen sehr guten Überblick über die Situation.

Auch die anwesende Frau Wallis Hermoza-Lüllan stellt sich als Vertreterin der Landesverkehrswacht vor. Sie berichtet, die Verkehrswacht unterstütze die Schulen mit DozentInnen bei der Fahrradausbildung. Die Polizei nehme dann den Fahrradführerschein ab. Hier in Hemelingen sei das auch nötig, weil wirklich nicht alle Kinder Fahrradfahren könnten. Auch in Hemelingen bestehe die Möglichkeit, das „Rolli Mobil“ zu buchen. Mit zwei Ehrenamtlichen seien sie dann dreimal in der Woche vor Ort in der Schule. Mit dabei habe man alle wichtigen Materialien, inklusive sechs bis acht Fahrräder, Helme, Hütchen für den Parkour usw. Man könne sowohl das Rolli-Angebot als auch Fahrräder und Helme einzeln über die Webseite buchen. Dabei sind bis zu zehn Fahrräder buchbar. Insgesamt 16 Fahrräder und 10 Roller stünden der Verkehrswacht zur Verfügung.

Waltraut Otten fragt nach, ob die Kinder nicht eigentlich ihre eigenen Fahrräder und Roller mitbringen müssten.

Frau Nölle antwortet, das könne man nicht mehr erwarten. Sie versuche in den ersten beiden Klassen das „Roller-Fit-Programm“ durchzuführen, weil die Kinder motorisch wirklich Probleme hätten und auf den Fahrradführerschein vorbereitet werden müssten. Auch gebe es in den letzten Jahren die Fahrrad-Intensiv-Kurse in den Ferien, um die Kinder fit zu machen. Außerdem könne nun aufgrund des Programmes „Radmusikanten“ jede Schule bis zu zehn Fahrräder inkl. Helmen bekommen, damit die Vorort sind. Die Kinder, die Fahrrad fahren können und keines haben, haben dann die Möglichkeit, aus dem Programm ein Fahrrad zu bekommen, um den Fahrradführerschein abzulegen. Den Verein der „Radmusikanten“ gebe es seit einem Jahr. Dies seien ehrenamtliche Schrauber. Der Verein verfüge über fünf oder sechs Abgabestationen, wo die Fahrräder abgegeben und dann von den „Radmusikanten“ wieder fit gemacht werden könnten. Anschließend werden die Räder dann am Baumschulenweg abgegeben und können dort von den Schulen abgeholt werden.

Serkan Yumru fragt nach, ob es die Informations-Materialien (insbesondere das Fahrradheft) auch in leichter Sprache gebe.

Frau Nölle gibt in diesem Zusammenhang die von ihr mitgebrachte Ausgabe von „Sicher unterwegs“ herum und wendet ein, dass diese schon sehr einfach gehalten sei. Wenn diese Grundlagen nicht klappen, dann habe man noch an ganz anderer Stelle ein Problem in Bezug auf Verständnis und Sprache.

Herr Spörhase ergänzt, es gebe inzwischen auch mehrsprachige Materialien, die bundesweit vertrieben würden, aber ein wenig teurer seien. Diese könne man auch einmal testen und etwa aus einem anderen Bundesland zunächst nur ein paar Exemplare ausleihen und ausprobieren. Der Herausgeber dieser Zeitschriften sei ist der deutsche Verkehrssicherheitsrat. Hier bezögen unterschiedliche Bundesländer, etwa Niedersachsen, entsprechende Hefte.

Frau Nölle verweist auf die Programme, mit welchen die Kinder Deutsch und Lesen lernen. Man könne den Unterricht ja auch nicht in allen unterschiedlichen Sprachen abhalten. Sie weist außerdem darauf hin, dass gerade Niedersachsen ein Heft mit sehr viel mehr Text habe.

Frau Hermoza-Lüllan merkt an, der Fahrradführerschein sei genau wie der Schwimmunterricht Bestandteil des Lehrplanes. Deshalb sei es ihrer aller Aufgabe, sich darum kümmern, dass die Kinder am Ende auch bestehen. Es sollte nicht daran scheitern, dass die Kinder aus unterschiedlichen Gründen etwa die Sprache nicht sicher beherrschen. Deshalb sollte man schon versuchen, dass so weit wie möglich auch für die Kinder mit Migrationsgeschichte zu vereinfachen.

Daraufhin wird gefragt, wie viele Kinder am Ende denn durchfallen.

Frau Nölle teilt mit, dass es keine offiziellen Zahlen gebe, es aber geschafft worden sei, die Zahl der Durchfallenden zu halbieren. Wenn jede Schule Fahrräder hätte, wären die Schulen auch autonom und bräuchten nicht mehr so viel Unterstützung etwa durch studentische Hilfskräfte. Dann habe man schon einen riesigen Schritt in die richtige Richtung geschafft.

Herr Bülow ergänzt, dass es auch einen Unterschied mache, dass die Schulen inzwischen so vielzünftig führen. Da reiche häufig ein Kontaktpolizist überhaupt nicht mehr aus, um die Prüfungen abzunehmen. An den Schulen habe man teilweise die Situation, dass die Kinder sich wirklich überhaupt gar nicht mehr auskennen im Verkehr - keine Regeln kennen würden, keine Erfahrung hätten, keine eigenen Fahrräder besäßen, sich nicht trauten oder auch von den Eltern erst gar nicht gelassen würden. Das habe Auswirkungen. Viele Kinder seien adipös und motorisch oder körperlich gar nicht in der Lage, direkt auf das Rad zu steigen und loszufahren. Die Realraumübung sei zum Beispiel auch gar nicht mehr versichert, weil es zu gefährlich sei. Das Problem sei auch, dass das zweite Halbjahr nun für die Polizei richtig eng werde. Daher werde wohl kaum Radfahrausbildung stattfinden, weil die Polizei komplett in mehrere Großprojekte, etwa die Feier zum „Tag der deutschen Einheit“ einbezogen ist, sodass im Übrigen nur wenig Zeit bleiben werde.

Yunas Kaya fragt weiter nach, wer eigentlich entscheide, ob ein Rad verkehrssicher ist und wer das rechtssicher entscheiden dürfe.

Frau Nölle antwortet, dass seien ehemalige Schrauber, aber auch LehrerInnen oder ehemalige PolizistInnen.

Waltraut Otten merkt an, dass die Fahrräder sehr teuer geworden seien. Das könne sich auch insbesondere eine Familie mit mehreren Kindern kaum leisten.

Herr Bülow weist darauf hin, dass die Situation diesbezüglich sehr stadtteilabhängig sei. In Hastedt habe beinahe jeder ein eigenes Rad, das meist topfit sei.

Herr Spörhase ergänzt, man müsse auf jeden Fall Angebote für alle Kinder schaffen. Er nennt beispielhaft ein Kind aus dem Sudan, das im Camp aufgewachsen und deshalb die Welt noch nicht gesehen habe, geschweige denn ein Fahrrad.

Der Ausschuss zieht ein Zwischenresümee:

Alle Beteiligten sind vollkommen ausgelastet. Die Verkehrswacht nehme über 200 Termine wahr, Aber sicher! Ist aktiv und baue Nachmittagskurse auf, auch die KontaktpolizistInnen sind viel unterwegs.

Yunas Kaya hakt nochmal im Hinblick auf den Test nach, ob dieser auch richtig bzw. verständlich ausgestaltet ist.

Frau Nölle merkt an, im Test werde einzig auf der 4. Seite gefordert, dass ein Satz geschrieben wird. Die Lehrkräfte würden sich Multiple-Choice-Fragen wünschen, aber es handele sich hier um Kinder in der vierten Klasse. Ihrer Ansicht nach müssten diese bis dahin befähigt werden, diesen Satz zu schreiben.

Yunas Kaya fragt im Besonderen noch einmal nach, ob der Beirat noch etwas zu diesem Thema bewegen oder unterstützen kann.

Herr Bülow regt an, dass der Ausschuss den Finger in die Wunde, dahingehend, dass die KontaktpolizistInnen mehr Unterstützung von Seiten der Schulen brauchen, legen soll. Es werde immer wieder festgestellt, dass die Erstausrüstung leider häufig verschwunden ist. Hierbei handele es sich um die wichtigen Westen usw., die zu Schulbeginn ausgegeben würden. Die Schule müsse hier Verantwortlichkeiten klären und dafür Sorge tragen, dass die Materialien dann auch da sind, wenn sie benötigt werden.

Frau Nölle weist auf ein Problem hin: wiederholt bekäme sie Anrufe von KontaktpolizistInnen, die die Fahrräder prüfen und bislang Ersatzteile, wie Reflektoren, Bremsklötze usw. leider oft privat kaufen.

Yunas Kaya und Waltraut Otten weisen auf die Globalmittel des Beirates hin. Hier könnten Private Anträge stellen. Das Gleiche gelte für WiN-Mittel. Es müsse aber eben ein entsprechender Antrag gestellt werden. Das könnten entweder die Schulen oder auch die (Schul-)Vereine sein. Infrage komme etwa auch das Jugendhaus.

Herr Bülow merkt an, dass es auch gut wäre, wäre, wenn sich alles etwas entzerren würde und nennt dabei die Parsevalstraße, die in diesem Jahr die Prüfungen etwas früher abnehmen würde. Dies erleichtere die Terminfindung ungemein, gerade jetzt, wo die Polizei so ausgelastet sei.

Es wird vorgeschlagen, dass das Ortsamt die Schulen diesbezüglich einmal anschreiben und darauf hinweisen könnte, dass es gut wäre, wenn man sich hier abspreche.

Herr Spörhase kommt noch einmal auf den Aspekt der Haftung zurück, wenn Fahrräder gekauft würden usw. sei das Material nach paar Einsätzen oft aufgebraucht. Wichtig sei immer zu wissen, wer dann der Veranstalter ist. Sei dies die Schule, sei sie versichert. Mache es die Verkehrswacht, habe diese ebenso eine Versicherung. Sei das eine private Veranstaltung könne es aber Probleme geben. Wenn etwa jemand stürzt und das auf das Fahrrad schiebt, gebe es sogar spezialisierte RechtsanwältInnen, die hier Schadensersatz gegen Privatpersonen geltend machen. Auch deshalb finde keine Realraumschulung mehr statt.

TOP 3: Jugendhaus Hemelingen

Günter Tuncel berichtet, er besetze jetzt seit 8 Jahren die Schnittstelle für Integration bei der AWO und habe den Übergang miterlebt. Seit November hätten die Kinder richtig Lust, auch wieder zu kommen. Der Zulauf sei sehr groß. Jetzt sei es wichtig, mit den Kindern hier auch wieder Programm zu veranstalten, es habe wirklich eine Lücke bestanden. Ziel war es, das Lücke-Projekt, die Hemelinger Liga usw. – also alles, was hier am Standort gefestigt war, in der Kürze der Zeit wieder etablieren. Anspruchsvoll sei hier nach wie vor die Antragstellung. Man hätte es jetzt geschafft, das Lücke-Projekt auf die Beine zu stellen. Es gebe eine Köchin, eine Reinigungskraft, das Haus sei früher geöffnet. In der Kürze der Zeit hätten sich auch viele Kinder dem Projekt wieder angeschlossen. Der Mädchentag am Dienstag sei auch gut besucht. Sie seien jetzt dabei, auch eine Jungenarbeit anzubieten, weil an diesem Tag einfach viele Jungs nichts mit sich anzufangen wüssten. Über die AWO gebe es jetzt auch die Möglichkeit, Tischtennis zu spielen – das soll dann dienstags für die Jungs angeboten werden. Außerdem könnten auch die Räumlichkeiten der SV-Hemeligen genutzt werden.

Madita Janzing ergänzt, sie sei Sozialpädagogin und jetzt in Vollzeit im Jugendhaus angestellt. Sie sei jetzt erstmal den ganzen Tag hier vor Ort. Sie habe mit der AWO aus den

Wohnhäusern von der kleinen Marschstraße gesprochen, um auch jüngere Kids für das Lücke-Projekt anzusprechen. Allerdings gebe es bereits sieben Anmeldungen. Die MitarbeiterInnen hätten sich das Jugendhaus angeguckt und würden mit den Eltern sprechen, ob sie für das Lücke-Projekt infrage kommen. Ansonsten bleibe das Jugendhaus aber ab zehn Jahren geöffnet. Außerdem gebe es eine Kooperation mit der Einrichtung „Bahir“, dann werde gemeinsam im Jugendhaus Ramadan gefeiert. Außerdem arbeite man auch gerade ordentlich an einem Instagram-Account, um noch mehr Jugendliche zu erreichen. Ab März gebe es auch ein paar ABE/AWE-Kräfte, die in der Einrichtung auch nochmal Musik machen wollen. Ab März soll auch einmal im Monat an einem Samstag geöffnet sein. Ansonsten seien die Öffnungszeiten aktuell von 15 bis 20 Uhr, aber das Lücke-Projekt zum Beispiel beginne um 13 Uhr, andere Projekte gingen auch bis nach 20 Uhr.

Serkan Yumru fragt nach, ob es eine Verbindung zum Jugendbeirat gebe, das Jugendhaus wolle ja die Jugendbeteiligung stützen und, ob das Jugendhaus auch beim Demokratietag in den Schulen was machen möchte.

Günter Tuncel bestätigt, dass es schon Verknüpfungen gebe. Bisher habe man aber zum Demokratietag nichts Konkretes – das sei aber eine gute Idee, die er jetzt mitnehme.

Yunas Kaya fragt nochmal genauer nach der Mädchenarbeit.

Madita Janzing merkt an, die Mädchen seien im Haus immer noch sehr unterrepräsentiert. Sie interessieren sich auch eher für den Mädchentag als für die anderen Tage. Man versuche, insofern nochmal mehr Werbung zu machen und das Angebot auch in den Schulen nochmal bekannter zu machen. Es gebe auch bald ein Gespräch mit dem LSB, der unter anderem ein Tanzprojekt einbringen wolle, das auch nochmal genutzt werden könne, um nochmal mehr Mädchen anzusprechen.

Yunas Kaya weist auf Heike Schilling hin und fragt an, ob da Kontakt bestünde, denn sie suche gelegentlich nach ruhigen Lernräumen für die Kinder.

Madita Janzing berichtet, dass das Jugendhaus was anbiete, was auch bekannt sei. Aber durch die Ganztagschulen sei das meiste bereits abgedeckt. Viele hätten keine Hausaufgaben mehr, was sich aber durch das Lücke-Projekt eventuell ändern werde. In der Regel sei es aber so, dass die Kids eher spielen und chillen wollen, wenn sie um 17:30 Uhr im Haus ankommen. Es gebe aber durchaus Einzelne, die sich hier in die Räume setzen und lernen. Aber insgesamt bestehe keine große Nachfrage.

Der Beirat bekräftigt, bei Fragen und Wünschen jederzeit für das Jugendhaus ansprechbar zu sein.

TOP 4: Verschiedenes

Abgabe einer Stellungnahme zur zukünftigen Entwicklung des Familienzentrums Mobile Beschluss:

Hemelingen ist weiterhin von besonderen sozialen Herausforderungen geprägt und Fördergebiet im Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“. Viele Familien, insbesondere solche in belasteten Lebenslagen oder mit besonderem Unterstützungsbedarf, melden ihre Kinder trotz bestehendem Rechtsanspruch nicht oder verspätet in einer Kita an. Das Familienzentrum MOBILE übernimmt hierbei eine zentrale sozialräumliche Brückenfunktion zwischen besonders benachteiligten Familien und dem Regelsystem. Die aktuellen Veränderungen in der Arbeitsmarktförderung und der Wegfall der 16 I-Stellen gefährden diese gewachsene Struktur erheblich. Bereits erfolgte Kündigungen von Erzieher*innen und Fachkräften schwächen die Angebote im Stadtteil spürbar.

Der Beirat weist ausdrücklich darauf hin, dass sozialräumliche Brückenangebote maßgeblich zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf frühkindliche Bildung beitragen und langfristig präventive Wirkung entfalten. Einsparungen an dieser Stelle führen erfahrungsgemäß zu höheren Folgekosten in späteren Bildungs-, Integrations- und Unterstützungsbereichen.

Der Beirat Hemelingen fordert daher:

1. Die zeitnahe Einrichtung eines Kita-Einstiegshauses im Familienzentrum MOBILE, um besonders benachteiligte Familien niedrigschwellig an die reguläre Kindertagesbetreuung heranzuführen. Das Angebot soll als Brückenstruktur zwischen Spielkreisen und „Regel-Kita“ fungieren, Sprachförderung, Elternarbeit und sozialpädagogische Begleitung integrieren und eng mit den bestehenden Angeboten am Standort (u. a. Haus der Familie, Offener Treff, Frühberatung, Spielhaus sowie Kinder- und Jugendärztlicher Dienst) verzahnt sein.
2. Die umgehende Wiederbesetzung der 16 I-Stellen über das Jobcenter bzw. die Sicherstellung einer gleichwertigen und tragfähigen Anschlussfinanzierung. Betroffen sind insbesondere die mobile und flexible Kinderbetreuung (MOKI) sowie die unterstützende Altenarbeit. Eine kurzfristige Übergangslösung zur Sicherung der Fachkräfte ist zu entwickeln, um Strukturabbrüche im Quartier zu vermeiden.
3. Die Entwicklung einer ressortübergreifenden und nachhaltigen Finanzierungsperspektive für den Standort MOBILE, unter Beteiligung der zuständigen Ressorts (Kinder und Bildung sowie Arbeit, Soziales, Jugend und Integration) sowie des Jobcenters Bremen, mit dem Ziel einer verlässlichen strukturellen Absicherung des Standortes.
4. Eine zeitnahe Berichterstattung in öffentlicher Sitzung zu Finanzierung, Personalentwicklung, Kompensation der weggefallenen Fördermittel sowie zur Kita-Versorgungssituation in Hemelingen (insbesondere im U3-Bereich).
5. Die erarbeiteten Maßnahmen sind langfristig strukturell abzusichern. Ein tragfähiges Gesamtkonzept zur Zukunft des Standortes MOBILE ist dem Beirat innerhalb von sechs Monaten vorzulegen.

Stellungnahme: Zustimmung (5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Abgabe einer Stellungnahme zur Erweiterung des Übergangwohnheims Stolzenauer Straße

Yunas führt noch einmal in den Sachstand ein. Es wird festgestellt, dass die Stimmung dazu im Beirat positiv war. Bisher gebe es keine Beschwerden – insbesondere auch nicht von Anwohnenden. Es wird deshalb vorgeschlagen dem Vorhaben zuzustimmen.

Stellungnahme: Zustimmung (5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Folgende Themen liegen im Themenspeicher:

- Zukünftige Beteiligung des Beirates an der Vergabe der OKJA Mittel nach Abschaffung der Controllingausschüsse
- Sitzungen in den Jugendeinrichtungen Ein Haus für unsere Freundschaft und Mädchentreff Hastedt
- Austausch mit dem neuen Jugendbeirat
- Waffenmitnahme bei Jugendlichen – ggf. mit Schulen und Polizei
- Medienprävention in Schulen
- Besuch bei der freien Gemeinschaftsschule
- Besuch der OS Sebaldsbrück (2026)
- Hitzeschutz an Schulen und Kitas
- Hohe Anzahl von Schüler:innen ohne Schulabschluss
- Status der Geflüchteten mit Referenten aus Behörde und von Pro-Asyl

Der Ausschuss diskutiert die Reihenfolge, in welcher der Themenspeicher abgearbeitet werden soll. Elisabeth Laß weist darauf hin, dass der Austausch mit dem Jugendbeirat zügig avisiert werden sollte und dieser recht sinnvoll für die nächste Sitzung im „Ein Haus für unserer Freundschaft“ am 21.05. geeignet sei. Der Ausschuss nimmt den Vorschlag an und einigt sich darauf, in der Sitzung auf das Thema „Waffenmitnahme bei Jugendlichen“ aufzurufen.

Im darauffolgenden Termin am 27.08. könnten die Themen „Hitzeschutz an Schulen“ und der Besuch der OS Sebaldsbrück gut miteinander verbunden werden. Der Ausschuss bespricht außerdem, in dieser Sitzung das ebenso dringliche Thema der „Medienprävention in Schulen“ aufzurufen.

Als neuer Punkt, soll die „Antragstellungen der Mittel für die OKJA“ in den Themenspeicher aufgenommen werden. Hier werde häufig kritisiert, dass oft verschiedene Ressorts zuständig seien, unterschiedliche Formulare verwendet würden, unterschiedliche Fristen gelten und es insgesamt an Digitalisierung mangle.

Es wird darauf hingewiesen, dass auf der Webseite des Ortsamtes häufig der falsche Ort für die Termine ausgewiesen wird. Dies hätte auch heute zu Verwirrung unter den Ausschussmitgliedern gesorgt und sollte unbedingt sorgfältig gepflegt werden, damit die Teilnahme der Mitglieder auch gesichert ist.

Yunas Kaya beendet die Sitzung um 18:09 Uhr

gez. Elisabeth Laß
Protokoll

gez. Yunas Kaya
Sitzungsleitung u. Protokoll & Sprecher